

Dezernat III

Dezernat für Bildung, Wirtschaft,
Arbeit, Integration und Hochbau



Universitätsstadt Gießen · Dezernat III · Postfach 11 08 20 · 35353 Gießen

Herrn Stadtverordneten
Michael Beltz

über

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Berliner Platz 1
35390 Gießen

■ Auskunft erteilt: Fr. Eibelshäuser
Zimmer-Nr.: 02-015
Telefon: 0641/306-1007
Telefax: 0641/306-2519
E-Mail: dezernat3@giessen.de

Ihr Zeichen

Unser Zeichen
III - KI

Ihr Schreiben vom
8.12.2012

Datum
19.12.2012

**Anfrage gem. § 30 GO des Stv. Beltz vom 8.12.2012 – Verhalten gegenüber eritreischen
Mitbürgerinnen und Mitbürgern - ANFR/1300/2012 -**

Sehr geehrter Herr Stadtverordneter Beltz,

Ihre Anfrage kann ich wie folgt beantworten:

Frage:

„Welche Schritte hat der Magistrat geplant, um sich bei den Eritreern, die nicht die Meinung des Stadtverordneten Grothe teilen, zu entschuldigen, wie es in einer von 1500 Eritreern unterzeichneten Resolution gefordert wird, die im Juli dem Stadtverordnetenvorsteher Fritz übergeben wurde?“

Antwort:

Die oben genannte Resolution wurde dem Stadtverordnetenvorsteher Fritz übergeben und richtet sich an das Stadtparlament. Damit obliegt es dem Stadtparlament, wie mit der Resolution verfahren werden soll und nicht dem Magistrat. Vor diesem Hintergrund gibt es in diesem Kontext keine Planungen des Magistrats.

Anzumerken ist, dass sich die Resolution auf einen Beschluss des Stadtparlamentes bezieht, der am 27. Juni 2012 in diesem Hause mit breiter Mehrheit gefasst wurde und es nicht um die Meinung eines einzelnen Stadtverordneten handelt

1. Zusatzfrage:

„Welche Maßnahmen wird der Magistrat ergreifen, um zu gewährleisten, dass auch die Eritreische Frauenunion sowie alle in Gießen lebenden ausländischen Mitbürger, ungestört ihre Veranstaltungen durchführen können, soweit sie keinen rassistischen, faschistischen oder antisemitischen Inhalte vertreten?“

Antwort:

Für die Durchführung von Veranstaltungen gibt es einen gesetzlichen Rahmen, der für alle Gültigkeit hat.

Zu den Diskussionen innerhalb der eritreischen Gemeinde in Gießen über die Verhältnisse in Eritrea und zu den Diskussionen um die Eritrea-Festivals und zuletzt auch um die Veranstaltung der Eritreischen Frauen Union hat der Magistrat der Universitätsstadt Gießen im November diesen Jahres erklärt, dass er – ich zitiere nur den letzten Absatz - „keinen Zweifel daran lässt, dass er die Verhältnisse in Eritrea und die zahllosen Hinweise auf gravierende Verletzungen der Menschenrechte mit äußerster Sorge betrachtet und dass er die Menschenrechte in Eritrea als nicht garantiert betrachtet. Er unterstützt den demokratischen Protest gegen diese Verhältnisse und erklärt seine Solidarität mit all denen, die in Eritrea Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden sind und werden.

Der Magistrat wird deshalb gemäß dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung auch weiterhin alle Möglichkeiten prüfen, wie Propaganda-Veranstaltungen der eritreischen Regierung verhindert werden können. Dies muss freilich im Lichte der begrenzten Zuständigkeiten und Möglichkeiten und unter Wahrung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit geschehen. Darüber hinaus wird der Magistrat mit den unterschiedlichen Gruppen der eritreischen Gemeinde sowie Menschenrechtsorganisationen im Gespräch bleiben und den Dialog zwischen den unterschiedlichen Positionen moderieren.“

Grundsätzlich gilt, dass Menschen, die hierher flüchten, weil sie bedroht sind durch Hunger, Kriege und Bürgerkriege, weil in ihrer Heimat Menschenrechte verletzt werden oder weil sie politisch verfolgt und misshandelt werden, hier der Aufnahme und Hilfe bedürfen, aber auch unserer Solidarität und dem Ernstnehmen ihrer Erfahrungen und der Beweggründe, warum sie ihre Heimat verlassen mussten. Wir sind uns sicher, dass es in dieser Stadt hierzu einen breiten politischen Konsens gibt.

2. Zusatzfrage:

„Wie wird der Magistrat gewährleisten, dass die Arbeit der Integrationsbeauftragten und des Ausländerbeirats nicht durch unqualifizierte Angriffe behindert wird?“

Antwort:

Der Magistrat schätzt sowohl die Arbeit der Integrationsbeauftragten als auch die Arbeit des Ausländerbeirats in hohem Maße. Dies wurde bei einer Vielzahl von Aktivitäten und Veranstaltungen gerade auch in jüngster Zeit immer wieder auch öffentlich deutlich artikuliert.

Mit freundlichen Grüßen



Astrid Eibelshäuser
Stadträtin

Verteiler: Magistrat SPD-Fraktion CDU-Fraktion Fraktion Bündnis 90/Die Grünen FW-Fraktion DIE LINKE. Fraktion FDP-Fraktion Piraten-Fraktion Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
--